bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 23 | 09. November 2007

Prozesse 2

Konspirative Hass-CD
Bandmitglieder der neonazistischen „Weissen Wölfe“ kommen ungeschoren davon.

Schleppende Ermittlungen
Der brutale Neonazi-Überfall auf eine Theatertruppe in Halberstadt im Juni sorgte für Aufsehen. Seit einiger Zeit läuft der Prozess gegen die vier mutmaßlichen Haupttäter.

Rechte Szene 4

Prekäre Finanzlage
Die NPD will mehr Geld aus der staatlichen Parteienfinanzierung erstreiten – angeblich fehlen die Mittel für den Wahlkampf.

Aufbauarbeit
„Pro Deutschland“ grenzt sich von der NPD ab.

Ausland 5

„Partisanenkrieg“
Die rechtsextreme Szene in Russland ist hochgradig gewaltbereit – auf ihr Konto gehen zahlreiche Tote und Verletzte.

Grauzone 7

Fehlende Distanz
„Hitler ... nicht denunzieren“. Merkwürdige Geschichtsbetrachungen in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

Rezension 7

Unverzichtbare Reihe
Ein neues „Jahrbuch“

Seitenblick 8

Tiefbraune Vergangenheit
Die skandalöse Entstehungsgeschichte des 1951 gegründeten Bundeskriminalamts.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Die Schreibtische der Täter
65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs soll am 8. Mai 2010 in Berlin das neugebaute Dokumentationszentrums der Stiftung Topographie des Terrors eröffnet werden.

„Nur tote Augen“
Ausstellung über Sex-Zwangsarbeit in den NS-Konzentrationslagern.

Meldungen 11

Prozesse

Konspirative Hass-CD

Bandmitglieder der neonazistischen „Weissen Wölfe“ kommen ungeschoren davon.

Mehr als fünf Jahre nach Erscheinen der CD „Weisse Wut“ hat ein Dortmunder Schöffengericht drei Musiker der Neonazi-Band „Weisse Wölfe“ am 7. November vom Vorwurf der Volksverhetzung und der Gewaltverherrlichung freigesprochen.

Das Verfahren stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Beim ersten Verhandlungstermin im Oktober 2005 meldete sich ein Zeuge krank, vor den folgenden beiden Terminen im Dezember 2006 und im März 2007 sagten zwei Angeklagte aus Gesundheitsgründen kurzfristig ab. Zwischendurch wurde auch noch über die Aussagegenehmigung eines Zeugen gestritten. Der frühere Staatsschutzbeamte, der inzwischen beim NRW-Verfassungsschutz beschäftigt ist, durfte diesmal zwar aussagen – per Videokonferenz wurde seine Aussage in den Verhandlungssaal übertragen –, für eine Verurteilung reichte seine Einlassung aber nicht aus.

Irgendwann zwischen Oktober 2000 und Sommer 2002, so glaubten die Ermittler beweisen zu können, war die CD auf Vermittlung des deutsch-dänischen Neonazi-Musikverlegers Marcel Schilf in einem Kopenhagener Studio eingespielt worden. Bestimmt gewesen sei sie für den Rechtsrock-Markt in Deutschland. Tatsächlich war sie hierzulande in Neonazikreisen auch begeistert aufgenommen worden. Denn die Bandmitglieder nahmen kein Blatt vor den Mund. Den „gottverdammten Bullenschweinen“ wurde angedroht: „Am Tag der Rache woll'n wir euch bluten seh'n!“ Die „Kinder des Reiches, die Erben arischer Werte“, wie sich die „Weissen Wölfe“ selbst besangen, propagierten Brandstiftung und Mord: „Und wenn wir uns finden beim Marsch durch das Land, dann brennt in jeder Stadt ein Asylantenheim ab.“ Antisemitischer „Höhepunkt“ der CD ist das Stück „Unsere Antwort“: „Ihr tut unsrer Ehre weh – unsre Antwort Zyklon B“, grölt der Sänger, an Linke und Juden gerichtet. Und: „Für unser Fest ist nichts zu teuer – 10 000 Juden für ein Freudenfeuer.“ Das Cover der CD passte zum Inhalt: Vermummt und mit Waffen in der Hand posierten fünf Bandmitglieder für die Kamera.

Dass die drei in Dortmund angeklagten Männer zur Band gehörten, hatte einer von ihnen, der heute 32-jährige (Ex-)„Weisse Wölfe“-Gitarrist Joachim E. aus Lüdenscheid, in einer polizeilichen Vernehmung eingeräumt: neben ihm der gleichaltrige Stjepan Jus aus Neheim-Hüsten als Sänger sowie als Schlagzeuger der 34-jährige Dortmunder Marko Gottschalk, der auch bei der Band „Oidoxie“ aktiv ist. Die Aufnahme in Skandinavien datierte E. freilich, anders als die Anklage und wohl mit Blick auf eine mögliche Verjährung, auf das Jahr 1997. Passenderweise war auf der CD als Aufnahmedatum der 20. April 1997 angegeben. Bei Jus hatten die Beamten bei einer Hausdurchsuchung unter anderem Aufnahmen gefunden, die sie für das Masterband der CD hielten. Eine Geldstrafe von 2700 Euro für E., weil er sich in den Vernehmungen bei der Polizei „weitgehend geständig und kooperativ“ gezeigt habe, sowie sechsmonatige Bewährungsstrafen für die anderen Angeklagten forderte Staatsanwältin Tersteegen.

Für eine Verurteilung reichten die Ermittlungsergebnisse aber nicht aus. Es gebe zwar „eine unglaublich große Fülle von Indizien“, bilanzierte Richter Gerhard Weiß, eine „lückenlose Beweiskette“ lasse sich daraus aber nicht entwickeln. Es bleibe die Frage, ob Musiker auch „Hersteller“ einer CD seien. Unsicher sei weiter, welche Bandmitglieder tatsächlich an der Aufnahme mitgewirkt hätten. Man wisse außerdem nichts Konkretes über die Mitwirkung der Angeklagten am Vertrieb der CD, meinte der Richter – die CD war nur bei ausländischen Versandhändlern im Angebot. Und schließlich sei nicht klar, wann genau die Scheibe produziert worden sei.

Das konspirative Vorgehen bei der Produktion der ersten „Weisse Wölfe“-CD hat sich für deren Bandmitglieder gelohnt. Seit der „Weissen Wut“ hat die Gruppe drei weitere CDs herausgebracht, ohne dass erneute Strafverfahren die Folge gewesen wären. Offenbar lässt man sich juristisch nun besser beraten als beim Erstlingswerk. Auf der anderen Seite: Seit die Band auf Aufrufe zur Brandstiftung, zur Rache gegen „Bullenschweine“ und für „Freudenfeuer“, in denen Juden verbrennen, verzichtet, hat auch die anfängliche Begeisterung in der Szene für die Gruppe merklich nachgelassen.

Tomas Sager

Schleppende Ermittlungen

Der brutale Neonazi-Überfall auf eine Theatertruppe in Halberstadt im Juni sorgte für Aufsehen. Seit einiger Zeit läuft der Prozess gegen die vier mutmaßlichen Haupttäter.

Es gibt viele Ungereimtheiten in diesem Strafverfahren. Fragwürdig ist schon der Eröffnungsbeschluss des Halberstädter Amtsgerichts. Zwar wird gegen die vier Rechtsextremisten wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung gehandelt. Einen gemeinschaftlichen Tatbeschluss sieht das Gericht in seinem Eröffnungsbeschluss zur Hauptverhandlung aber nicht. Im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft, die diesen gemeinsamen Tatbeschluss in ihrer Anklageschrift sehr wohl für gegeben hält. Den vier Angeklagten muss deshalb nicht nur der gemeinschaftliche Überfall auf die Ensemble-Mitglieder des Nordharzer Städtebundtheaters nachgewiesen werden, sondern auch ihre jeweilige individuelle Tatbeteiligung.

Zur Erinnerung: In den frühen Morgenstunden des 3. Juni waren die Darsteller des Ensembles nach einer begeisternden Premiere der „Rocky Horror Show“ im Freilufttheater Thale im nahe gelegenen Halberstadt auf der Suche nach einer Kneipe, wo sie ihre Premierenfeier fortsetzen wollten. Teilweise waren sie noch kostümiert und geschminkt, wurden deshalb von den Rechtsextremisten als Angehörige der Punkszene angesehen. Ohne weiteren Anlass haben die Täter mit äußerster Brutalität auf die Schauspieler eingeschlagen und eingetreten.

Alle vier Angeklagten sind mehrfach einschlägig vorbestraft. Der mutmaßliche Haupttäter, der 22-jährige Christian W. wurde bereits 1999 wegen versuchter räuberischer Erpressung zu einer einjährigen Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Ein knappes Jahr später erfolgte eine Strafe von zwei Jahren auf Bewährung wegen dreifachen Raubes und gefährlicher Körperverletzung. In beiden Fällen wurde die Bewährung wegen erneuter einschlägiger Straftaten widerrufen, W. musste die Strafen absitzen. Zum Zeitpunkt des Überfalls auf die Schauspieler war W. nur deshalb auf freiem Fuß, weil seine jüngste Verurteilung wegen Widerstands gegen Polizeibeamte ebenfalls zur Bewährung ausgesetzt war.

Die Angeklagten zählen nach Einschätzung von Verfassungsschützern und dem Staatsschutz der Polizei zum engeren Mobilisierungspotenzial der NPD und ihrer Jugendorganisation JN. „Umso bedenklicher ist es, dass die Halberstädter Polizei diesen brutalen Überfall noch immer nicht als rechtsextremistische Straftat führt“, sagt Mario Schieck von der Mobilen Opferberatung Sachsen-Anhalt. Tatsächlich will die Polizei vor der Einordnung des Überfalls zunächst das Urteil des Amtsgerichts abwarten. Gut möglich also, dass dieser brutale Überfall auf die Theatertruppe, der überregional und selbst international für Aufsehen sorgte, in der Staatsschutzstatistik des Landes nicht als rechtsextreme Gewalttat auftaucht. Denn schon jetzt ist der Prozess bis Ende Januar 2008 terminiert. Tatsächlich aber werden die Gerichtsurteile wohl frühestens im Februar oder März fallen.

Unmittelbar nach dem Überfall hatte sich die Polizei nicht eben mit Ruhm bekleckert. Statt sich an die Verfolgung der Täter zu machen, konzentrierten sich die Beamten vor Ort zunächst auf die Aufnahme der Personalien der Opfer. Selbst als diese auf Christian W. hinwiesen, der später mit dem Fahrrad zum Tatort zurückgekehrt war und an der Hand blutete, beließen es die Beamten dabei, dessen Personalien zu kontrollieren und ihn anschließend laufen zu lassen. Die öffentliche Empörung darüber machte den Ermittlern aber offenbar Beine. Nur sechs Tage nach dem Überfall erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Christian W. und David O., die mutmaßlichen Anführer des rechtsextremen Gewaltexzesses. Die Anklagen gegen die beiden anderen mutmaßlichen Täter folgten wenig später.

Die meisten von ihnen dürften das Gericht jedoch auf freiem Fuß verlassen. Wegen des fragwürdigen Eröffnungsbeschlusses des Amtrichters muss den Angeklagten in der Hauptverhandlung ihre konkrete Tatbeteiligung individuell nachgewiesen werden. Außer bei Christian W., der ein Teilgeständnis abgelegt hatte, dürfte das den Prozessbeteiligten schwer fallen. Denn die anderen drei Angeklagten machen von ihrem Schweigerecht Gebrauch. Auch die Halberstädter Ermittler lassen sich Zeit. Ermittlungsverfahren, die aufgrund der Aussagen von Christian W. gegen weitere Angehörige der gewaltbereiten örtlichen Neonaziszene eingeleitet wurden, dauern nach wie vor an.

Eberhard Löblich

Rechte Szene

Prekäre Finanzlage

Die NPD will mehr Geld aus der staatlichen Parteienfinanzierung erstreiten – angeblich fehlen die Mittel für den Wahlkampf.

Im niedersächsischen Landtagswahlkampf fühlt sich die Partei benachteiligt. Die NPD möchte mehr Geld aus der Parteienfinanzierung erhalten. Schon jetzt, erklärt NPD-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Rieger, könne die Partei wegen Finanzmangels „nicht an frühere Erfolge bei Wahlen anknüpfen". Die Wahl ist zwar erst am 27. Januar, doch das Geld sei jetzt bereits knapp.

Vor dem Bundesverfassungsgericht hoffte Rieger, als Anwalt für die NPD die Auszahlung staatlicher Parteienfinanzierung erzwingen zu können. In der Verfassungsbeschwerde führte Rechtsanwalt Rieger, der seine Kanzlei in Hamburg-Blankenese hat, aus, dass die Partei Mitarbeiter entlassen musste, die nun im Wahlkampf fehlten. Riegers Beschwerde wurde allerdings abgewiesen. Die Karlsruher Richter mochten Riegers Darlegung nicht folgen, dass die Partei ihre grundgesetzlich festgelegten Aufgaben im Staatssystem nicht wahrnehmen könnte. Stattdessen erklärte die 3. Kammer des Zweiten Senats, dass die Beschwerde nicht zur Entscheidung angenommen werde, da der Rechtsweg im Hauptsacheverfahren noch gar nicht entschieden sei. Die Kammer hob hervor, das der NPD zuzumuten sei, auf das Hauptsacheverfahren warten zu können. Denn Rieger hätte nicht „hinreichend substantiiert" dargelegt, dass ein „unabwendbarer Nachteil" entstanden wäre. Vor der Kammer hätte er nicht die Finanzlage der Partei im „erforderlichen Maße" aufgezeigt.

Die anhängige Rechtstreitigkeit löste ein Verfahren gegen die NPD-Thüringen mit aus. Die Steuerfahndung des Finanzamts Gera und das Amtsgericht Erfurt hatten festgestellt, dass der damalige thüringische NPD-Landeschef Frank Golkowski seit 1996 in 135 Fällen falsche Spendenquittungen ausgestellt hatte. Bei den Überprüfungen fiel zudem auf, dass der Rechenschaftsbericht der NPD nicht korrekt vorlag. Im Jahr 1997 waren Spenden von über 100 000 Mark und im Jahr 1998 Überweisungen von mehr als 320 000 Mark falsch verbucht worden. Nach mehreren Steuer- und Strafverfahren überprüfte auch die Bundestagsverwaltung, inwieweit die NPD gegen das Parteiengesetz verstoßen hat. Ihr Ergebnis: Die Partei erhielt für die Jahre 1998 und 1999 rechtswidrig Gelder. Denn diese Gelder hätten nur ausgezahlt werden dürfen, wenn die Rechenschaftsberichte vorschriftsmäßig gewesen wären. Prompt forderte die Bundestagsverwaltung von der rechtsextremen Partei die Rückzahlung von 870 000 Euro.

Auf dem NPD-Bundesparteitag im November 2006 in Berlin rief der Vorsitzende Udo Voigt zu Spenden auf. Ein Appell, glaubt man Szenegerüchten, der bisher nicht die nötige Summe erbrachte. Die Bundestagsverwaltung entschied, ebenso die vierte Abschlagszahlung von 277 000 Euro einzubehalten. Erst als die Partei 180 000 Euro als Eigentümergrundschuld zur Sicherheit leistete, folgte eine Auszahlung in dieser Höhe.

Im Januar 2007 reichte die NPD dann Klage beim Verwaltungsgericht Berlin gegen die Rückzahlungsforderung ein. Mit einem Eilantrag wollte sie die Herausgabe der Grundschuld und die Zahlung des Restbetrags des Abschlags erstreiten. Der Antrag scheiterte allerdings vor dem Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht.

Der von Jürgen Rieger behauptete Finanzmangel der NPD dürfte ebenso durch die Wahlkampfbemühungen der Partei widerlegt werden. In einem internen Rundschreiben führte der niedersächsische Landeschef Ulrich Eigenfeld aus, dass der Landesverband ein Vermögen von „cirka 64 000 Euro" habe. Mit Blick auf dem Wahlkampf meinte er, dass weitere 20 000 „aus dem Finanzausgleich" zu erwarten seien. Wenn noch weiteres Geld erwirtschaftet werde, könne man über „90 000 Euro Eigenmittel" verfügen.

In dem laufenden Wahlkampf scheint für die NPD der wirtschaftliche Spielraum auch nicht so stark eingeschränkt zu sein. Versteckte Hilfe leistet dabei die sächsische NPD: Landtagskandidat Patrick Kallweit, Landesorganisationsleiter in Niedersachsen, ist seit kurzem bei der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen angestellt. Wie der niedersächsische NPD-Spitzenkandidat Andreas Molau ankündigte, werden die Wahlkampfzeitung regelmäßig verteilt und Flugblätter zu Themen in der Region veröffentlicht. Das Engagement der Kader scheint die Finanzlage abzufangen.

Andreas Speit

24. Jahrgang | 23 | 09. November 2007

Aufbauarbeit

„Pro Deutschland“ will sich von der NPD abgrenzen.

Noch Ende Juli gelobte der „pro Deutschland“-Vorsitzende Manfred Rouhs, seine Gruppierung werde bis 2009 „keinen aktiven Verbandsaufbau betreiben“. Vorrang sollte bis zur Kommunalwahl an Rhein und Ruhr im übernächsten Jahr die auf das größte Bundesland beschränkte „Bürgerbewegung pro NRW“ haben. Doch so ganz mag Rouhs, selbst Vize bei „pro NRW“, nicht auf seine eigene Gruppierung verzichten. Am 3. November fand in Remagen die zweite ordentliche Bundesversammlung von „pro Deutschland“ statt. Und verbaler Verzicht auf einen „aktiven Verbandsaufbau“ hin oder her – der alte und neue Vorsitzende Rouhs betonte, „pro Deutschland“ räume der „kommunalpolitischen Aufbauarbeit Priorität ein“.

Verdoppelt wurde die Zahl der Vorstandsmitglieder. Als Rouhs’ Stellvertreter amtiert künftig das Heilbronner Gemeinderatsmitglied Alfred Dagenbach (59), ein Ex-Republikaner. Neue Schriftführerin wurde „pro Köln“-Ratsfrau Regina Wilden (61). Schatzmeister bleibt Prof. Tilmann Reichelt (66) aus Bonn, früher Mitglied des „Akademiekreises“, eines rechten „Denkzirkels“. Im „Akademiekreis“ aktiv war auch einer der Beisitzer: Friedrich Löffler (75) aus Wesseling, im pro-D-Vorstand für Inlandskontakte zuständig. Als weitere Beisitzer wurden gewählt: Lars Seidensticker (34), Ratsmitglied im niedersächsischen Hambühren, früher REP-Mitglied, verantwortlich für Kommunalpolitik; Peter Werner (70) aus München, Leserbriefautor im NPD-Blatt „Deutsche Stimme“, einst beim Bund freier Bürger aktiv, zuständig für Organisation; als Pressesprecher der frühere niedersächsische REP-Chef Christian Perbandt (46); Fred Steininger (68) aus Heilbronn, der ebenfalls von den Republikanern kommt und die Öffentlichkeitsarbeit übernimmt; Michael F. Kucherov (44), Auslandskontakte.

Abgrenzen will sich die Rouhs-Truppe von der NPD. „Pro München“-Sprecher Rüdiger Schrembs, einst selbst NPD-Vorstandsmitglied in Bayern, wandte sich „gegen von Extremismus und Rückwärtsgewandtheit geprägte politische Zusammenhänge“, die „deutschen Patriotismus in Misskredit bringen“ würden.

Tomas Sager

Ausland

„Partisanenkrieg“

Die rechtsextreme Szene in Russland ist hochgradig gewaltbereit – auf ihr Konto gehen zahlreiche Tote und Verletzte.

Unter dem Banner der „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ (DPNI) marschierten am 4. November mehrere tausend Rechtsextremisten in der russischen Hauptstadt Moskau und in St. Petersburg zum „Tag der nationalen Einheit“ auf. Der 4. November hat in Russland seit Ende 2004 den 7. November, den Tag der Oktoberrevolution, als Feiertag abgelöst. Der „Tag der nationalen Einheit“ geht auf einen Feiertag der russisch-orthodoxen Kirche zurück und erinnert an die Befreiung von Moskau durch polnisch-litauische Besatzer im 17. Jahrhundert.

Die DPNI schürt maßgeblich Fremdenfeindlichkeit in Russland, kämpft für die Vertreibung aller Ausländer und macht mit populistischen Parolen gegen Menschen aus dem Kaukasus mobil. Geführt wird die 2002 gegründete Gruppierung mit geschätzten 20 000 Mitgliedern in mehr als 30 russischen Regionen von Alexander Bjelow. Ende August wurde Bjelow wegen Widerstands gegen Polizeibeamte zu einer fünftägigen Ordnungshaft verurteilt. Die DPNI, die sich noch im Rahmen der russischen Verfassung bewegt, gilt als Ersatzorganisation für diverse rechtsextreme, verbotene Gruppen. Pressesprecher der chauvinistischen Bewegung, auf deren Veranstaltungen faschistische Losungen gerufen werden und der Hitlergruß gezeigt wird, ist Alexej Kanurin. Ins gleiche Horn wie die DPNI posaunt die nationalistische Partei Rodina (Vaterland), die fordert, Russland müsse die illegalen Einwanderer „loswerden“.

Das Moskauer Forschungsinstitut Sowa, das sich mit Fremdenfeindlichkeit und Gewalt befasst, zählte im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September dieses Jahres 230 rassistisch motivierte Übergriffe auf 409 Menschen – davon 46 Tote. Den Spitzenplatz rassistischer Gewalt hält Moskau mit 37 Tötungsdelikten und 216 Verletzten, gefolgt von St. Petersburg mit 5 Getöteten und 73 Verletzten. 2006 ereigneten sich 541 Überfälle mit 55 Todesopfern. 2005 gab es landesweit 461 Opfer rassistischer Übergriffe – davon 47 Tote. Sowa

schätzt die Zahl russischer Neonazis auf 60 000 bis 70 000. Nach Umfragen sympathisieren 15 Prozent der russischen Jugendlichen mit rassistischen Ideen. Im Vielvölkerstaat Russland verschlechtert sich Jahr für Jahr das Verhältnis zwischen Russen und anderen Nationalitäten. Für weltweite Schlagzeilen sorgte im August eine Videoaufnahme, die die bestialische Hinrichtung eines Dagestaners und eines Tadschiken im Internet zeigen soll. Tatort war ein Waldstück vor einer Hakenkreuzfahne. Der Tat bezichtigt sich eine vorher unbekannte „National-Sozialistische Partei Russlands“ (NSPR).

Mitte Oktober verhaftete die Polizei im südwestlichen Verwaltungsbezirk Moskaus 30 Jugendliche im Alter zwischen 13 bis 16 Jahren. Sie stehen im Verdacht, drei Menschen überfallen zu haben. Ihr erstes Opfer, den aus Jakutien stammende 46-jährige Moskauer Sergej Nikolajew, erschlugen die Skinheads mit Baseball-Schlägern. Die beiden anderen Opfer wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Im April wurde in Moskau der 18-jährige Kunststudent Artur Ryno nach dem Mord an einem armenischen Unternehmer festgenommen. Ryno hat nachweislich mindestens 20 Menschen getötet, weil er Moskau von den „Nichtrussen säubern“ wollte. Seine Opfer stammten alle aus dem Kaukasus oder den mittelasiatischen GUS-Republiken. An den meisten Taten soll sein Freund Pavel Skatschevskij beteiligt gewesen sein.

Die gewaltorientierte Hitler-treue „Nationalsozialistische Gesellschaft“ (NSO) ist im September in zwei miteinander konkurrierende Flügel unter Führung von Sergey Korotkikh und Dmitrij Rumyantsev zerfallen. Rumyantsev tritt offen für Konzentrationslager für Ausländer ein. In seinen Reden „Krieg gegen die Parasiten“ lässt er die Hand zum Hitlergruß heben und brüllt „Slawa Rossii! – Ruhm für Russland“. Über Artur Ryno urteilt Rumyantsev: „Er hat seinen eigenen Partisanenkrieg geführt. Es wird noch viele geben wie Ryno.“ Ziele der NSO sind Eigenbekunden zufolge die „Vereinigung aller russischen Territorien im Rahmen eines Großrusslands“ sowie die „Propaganda der Ideologie des russischen Nationalsozialismus“. Neben ideologischen Schulungen stehen bei der NSO auch Wehrsportübungen in paramilitärischen Ausbildungslagern auf dem Programm. Gegen Rumyantsev ermitteln seit Ende September die Behörden wegen Verbreitung von Hasspropaganda.

„Fleisch vom Fleische“ der NSO ist die Neonazi-Truppe „Format 18“. Ihr derzeit inhaftierter Führer Maxim Marzinkewitsch wird Tesak („das Beil“) genannt. In einem Interview erläuterte Tesak, warum russische Skinheads gerne Jagd auf Kinder machen: „Wir sollten nicht nur die Erwachsenen töten. Wir müssen auch die Kinder loswerden. Wenn du Kakerlaken zerquetscht, dann nicht nur die großen. Du tötest auch die kleinen.“

Die mit der Skinheadszene verzahnte „Volksnationale Partei“ (VNP) von Alexander Iwanow-Sucharewski ist in mehr als 30 Regionen aktiv. Der gelernte Kino-Regisseur Iwanow-Sucharewski, der acht Kindheitsjahre als Sohn eines Geheimdienstoffiziers in der DDR verbrachte, verbreitet Parolen wie „Russland den Russen“. In der Juni-Ausgabe des NPD-Bundesorgans „Deutsche Stimme“ bezeichnete der russische Rechtsextremist die NPD als „ein Zeichen der Wiedergeburt Deutschlands“. Hauptziel der VNP sei, so Iwanow-Sucharewski, „unser Blut, Russland und Europa zu retten“. Das „Maximalprogramm“, bestehe „in der Schaffung einer Konföderation der weißen Völker“. In Broschüren rühmt der rechtsextreme Politiker den „Übermenschen“ und präsentiert seine Truppe als „Armee der weißen Rasse“. Auch die „Partei der Freiheit“ (PS) von Jurij Beljajew, die in St. Petersburg ihren Sitz hat, ist eng mit der Skinheadszene vernetzt.

Die in den 90er Jahren landesweit aktive Partei „Russische Nationale Einheit“ (RNE) ist heute zersplittert. So existieren die von Ex-RNE-Führer Alexander Barkaschow dominierte RNE-1, die RNE-2 der Brüder Lalotschkin, die „Russische Wiedergeburt“ (RW) der Barkaschow Widersacher Oleg Kassin und Juri Wasin sowie der „Slawische Bund“ (Slawianski Sojus), abgekürzt SS, von Dmitrij Demuschkin. Demuschkin soll im Sommer 2005 an einem Sprengstoffanschlag auf eine Moschee bei Moskau beteiligt gewesen sein. Im Frühjahr 2006 zeichnete ihn Nikolai Kurjanowitsch, damals Parlamentarier der Liberaldemokraten, mit einem Orden aus. Heute gehört Kurjanowitsch selbst nach dem Ausschluss aus der LDPR dem Zentralrat der „SS“ an. Mehrfach hat der Slawische Bund Internetseiten von Menschenrechtsorganisationen und jüdischen Organisationen in Russland lahmgelegt.

Anton Maegerle

Grauzone

Fehlende Distanz

„Hitler ... nicht denunzieren". Merkwürdige Geschichtsbetrachungen in der Wochenzeitung „Junge Freiheit".

Manchmal geben eher kleinere und randständige Artikel interessante Einblicke in die politische Linie einer Zeitung, was hier am Beispiel der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" aufgezeigt werden kann. Jüngst veröffentlichte das Blatt (Nr. 43/2007, S. 15) die Kurz-Rezension der Kriegserinnerungen des früheren Kampf- und Jagdfliegers Hajo Hermann „Bewegtes Leben". In affirmativer Weise wird darin seine Bereitschaft zur ursprünglich geplanten Bombardierung des Bendler-Blocks am 20. Juli 1944 beschrieben. Er habe aber die „Zentrale der Verschwörer" dann doch nicht angreifen müssen. Gegenüber den Widerständlern vor dem Gericht unter Roland Freisler entwickelte Hajo Hermann keine „sonderliche Sympathien". Dann ist sogar von einem Empfang bei dem „höflich und sachlich argumentierenden Führer und Reichskanzler" die Rede, wobei distanzlos der NS-Sprachgebrauch übernommen wird. Weiter heißt es noch anerkennend: „Anders als seine Kameraden Galland und Steinhoff in ihren Erinnerungen ist Hermann auch nicht bereit, seinen Chef Göring ausschließlich als Versager und neben Adolf Hitler als den Hauptverantwortlichen für die verlorene Abwehrschlacht gegen die angelsächsischen Bomberflotten zu denunzieren."

Hermann steht nach der Rezension wohl heute noch – und wohl nicht nur in dieser Frage – zur militärischen und politischen Führung des NS-Regimes. Darüber hinaus betätigte er sich nach 1945 weiterhin im rechtsextremen Lager. Jüngst gab er etwa dem NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme" (Nr. 11/2007, S. 3) ein langes Interview. Die Kommentierung der „Jungen Freiheit" verwundert etwas, stellt man sich doch ansonsten gern auf die Seite des national-konservativen Widerstandes. Dieser war zwar auch nicht für die Demokratie, aber wenigstens gegen Hitler.

Armin Pfahl-Traughber

Rezension

Unverzichtbare Reihe

Ein neues „Jahrbuch"

Bereits im 16. Jahrgang erscheint das von Wolfgang Benz im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung, Berlin herausgegebene „Jahrbuch für Antisemitismusforschung". Es versteht sich als Forum für wissenschaftliche Beiträge zur Antisemitismus-, Minderheiten- und Vorurteilsforschung, wobei Themen aus den unterschiedlichsten Ländern in Vergangenheit und Gegenwart aus interdisziplinärer Perspektive angegangen werden.

Der aktuelle Band enthält insgesamt 17 Beiträge von Historikern und Sozialwissenschaftlern, die sich den unterschiedlichsten Themen widmen: Hierzu gehören im ersten Schwerpunkt die Erinnerung an Antisemitismus und Holocaust in Dänemark, Norwegen, Österreich und der Schweiz. Dem folgen Texte zur Analyse der Judenfeindschaft bezogen auf die Definitionsproblematik, den französischen Rechtextremismus der Zwischenkriegszeit, die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Einführung des „Judensterns", die Quisling-Partei „Nasjonal Samling" und die Verbreitung von antisemitischen Judenbildern in Norwegen. Und schließlich geht es im letzten inhaltlichen Teil um Flucht und Exil, wobei die Situation von Exilirakern und Exiliranern sowie von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland thematisiert werden.

Erneut ist es den Herausgebern gelungen, einen überaus informativen und interessanten Band der Öffentlichkeit vorzulegen. Gerade die Beiträge direkt zum Antisemitismus in Frankreich und Norwegen verdienen aufgrund ihres inhaltlichen Kenntnisreichtums und der analytischen Qualitäten Aufmerksamkeit. Ob man bei den Untersuchungen zur Erinnerung an den Holocaust nicht stärker über Tiefeninterviews hinaus arbeiten sollte, wäre als kritische Anmerkung ein notwendiger Kommentar. Gleichwohl wurde hier erneut die gute Qualität des wichtigen „Jahrbuchs" gehalten.

Armin Pfahl-Traughber

Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 16, Metropol-Verlag, Berlin 2007. 352 S., 21,00 Euro.

Seitenblick

Tiefbraune Vergangenheit

Die skandalöse Entstehungsgeschichte des 1951 gegründeten Bundeskriminalamts.

Länger als 60 Jahre nach der Befreiung vom Nazismus sind die zwölf Jahre und deren Folgen noch immer nicht umfassend aufgearbeitet. All jene Organisationen, die sich bisher strikt geweigert haben, ihre Vergangenheit wissenschaftlich untersuchen zu lassen, müssen dies früher oder später nachholen. Einen neuen und zugleich vorbildlichen Beweis dafür hat soeben ein Mann geliefert, der in der Öffentlichkeit weniger bekannt ist: Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA). Das Amt untersteht der Aufsicht des Bundesinnenministeriums und der Minister wirft sich stets in die Brust, wenn ein alter BKA-Chef in den Ruhestand geht oder ein neuer seinen Dienst aufnimmt. Dass die Innenminister in ihren Reden die Geheimdienste oder deren Chefs über den grünen Klee loben, hat in der Bundesrepublik eine lange Tradition. Der gegenwärtige Amtsinhaber Wolfgang Schäuble hat das kürzlich ebenfalls getan. „Wir sollten die Dienste nicht durch Untersuchungsausschüsse gefährden“, sagte er während eines Symposions in Berlin. Sein Amtsvorgänger Otto Schily reagierte auf den Vorschlag, die Frühgeschichte des BKA untersuchen zu lassen, in der ihm eigenen Art, es gebe schon genug Untersuchungen darüber.

Das ist fahrlässig. Denn die Frühgeschichte des 1951 gegründeten BKA ist tiefbraun und zum Teil sogar blutig. Das soll jetzt nach drei Fachtagungen des BKA untersucht und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zu verdanken ist das dem neuen BKA-Chef Jörg Ziercke, der als Erster wissen will, was für eine Behörde er leitet. Die Antwort ist kurz: Einen Geheimdienst, dessen Entstehungsgeschichte ein einziger Skandal ist.

Während in der Bundesrepublik gerade mal zögerlich damit begonnen wurde, die NS-Zeit mit spitzen Fingern aufzublättern, wurden in den meisten neuen Ministerien, Ämtern und Organisationen tiefbraune Funktionäre mit offenen Armen empfangen. Der unrühmliche Kommentator der berüchtigten „Nürnberger Rassegesetze“, Hans Globke, wurde bekanntlich Chef des Bundeskanzleramtes. In der Führungsetage des BKA hatten von 49 Leitenden Beamten nur zwei eine weiße statt einer braunen Weste. Bei den 47 ehemaligen Nazis handelte es sich nicht um kleine NSDAP-Mitglieder, sondern um hohe SS- oder Gestapo-Führer, um Männer, die als Führer von SS-Einsatzgruppen hinter der Front Tausende von Juden ermorden ließen oder vom Schreibtisch aus die Befehle zur Ermordung von Zivilisten, Sinti und Roma gaben. 33 BKA-Beamte hatten zum Führungspersonal der SS gehört. Organisator bei der Aufstellung der neuen Chefetage war der ehemalige SS-Führer Paul Dickopf, der sich angesichts des Untergangs des Naziregimes in die Schweiz geflüchtet, sich dann eine Widerstandslegende zugelegt, beim US-Geheimdienst angeheuert hatte und schließlich einen neuen Arbeitgeber im BKA fand. Er zog vom Innenministerium aus die Personalstrippen und wurde 1965 selbst vierter Präsident des Bundeskriminalamts.

Eine andere beispielhafte Karriere gelang Georg Heuser. Der ehemalige SS-Obersturmführer war von 1941 bis 1944 Gestapochef in Minsk. Dabei hat er nicht nur Mordbefehle erteilt, sondern auch persönlich gemordet. „Ich schoss mit, zunächst auf solche in der Grube liegende Juden, die noch lebten, dann direkt als Schütze mit Genickschuss.“ Das gab er Jahre später zu, als er wegen Mordes vor Gericht stand und zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Vorher hatte er es mit Dickopfs Hilfe zum Chef des Landeskriminalamtes von Rheinland-Pfalz gebracht. Aus dieser Position heraus konnte er alle mutmaßlichen NS-Täter in seinem Bereich warnen, ehe diese festgenommen wurden. 47 Männer mit ähnlicher Vergangenheit leiteten in den frühen 50er Jahren den Aufbau des neuen BKA, das damit zum auch personellen Nachfolger des Reichskriminalpolizeiamtes wurde. Im Gründungsjahr des BKA verabschiedete der Bundestag zeitgleich Artikel 131 des Grundgesetzes. Mit diesem Artikel wurde allen Staatsdienern der Weg zurück in die Beamtenlaufbahn geebnet, die wegen ihrer NS-Vergangenheit zunächst entlassen worden waren. Im Schutz der alten und zugleich neuen Karriere musste keiner auf die Anklagebank, auf die viele gehört hätten. Männer, die ihre Ausbildung im Berliner Stadtteil Charlottenburg begonnen hatten, trafen sich als Bundesbeamte und nannten sich insgeheim „Die Charlottenburger“.

Heiner Lichtenstein

Blick in die Zeitgeschichte

Die Schreibtische der Täter

65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs soll am 8. Mai 2010 in Berlin das neugebaute Dokumentationszentrums der Stiftung Topographie des Terrors eröffnet werden.

Endlich! Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit sprach offen aus, was alle Redner beim offiziellen Baustart für den Neubau des Dokumentationszentrums der Stiftung Topographie des Terrors am Freitag, den 2. November 2007 verband: Die Erleichterung darüber, dass das jahrzehntelange und quälende Hin und Her um die Gestaltung des Geländes nun ebenfalls Geschichte – und damit zu einer weitere historische Schicht geworden ist, die – wie die vorherigen – eigentlich auch dokumentiert werden sollte. Und wer immer noch nicht an den Baubeginn glaubt, kann sich dank einer auf dem Dach des benachbarten Martin-Gropius-Baus installierten WEB-Cam in täglich wechselnden Momentaufnahmen vom Baufortschritt überzeugen lassen (www.topographie.de).

Einig war man sich auch darin, dass das Areal, für Jahrzehnte ein vergessener Ort, auf dessen historische Bedeutung – von Klaus Wowereit ausdrücklich gelobt – erst engagierte Bürger aufmerksam machten, als authentischer Erinnerungsort das erste Exponat darstelle: Eine symbolträchtige Architektur wäre, so Hermann Schäfer vom BKM (Abteilungsleiter beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien) nicht angebracht; Zurückhaltung, meinte Staatssekretär Lütke Daldrup aus dem zuständigen Bundesbauministerium, nicht Musealisierung, Monumentalisierung oder künstlerische Überhöhung seien der Bedeutung des Ortes allein angemessen. Peter Zumthor, der Architekt des 1993 siegreichen und damals bewunderten Entwurfs, der mit seinem gerade fertiggestellten Kunstmuseum Kolumba in Köln Triumphe feiert, wird sich über diesen radikalen Paradigmenwechsel bei den Verantwortlichen wohl seine eigenen Gedanken machen...

Gleichwohl, das Konzept, das dem prämierten Neubau von Ursula Wilms und der Gestaltung des Geländes durch Heinz W. Hallmann zugrunde liegt, ist in sich schlüssig und überzeugend: Das eingeschossige Dokumentationszentrum ermöglicht die gewünschten vielfältigen Blickbezüge nach Draußen, die historische Umgebung – einzig in ihrer Art – wird erfahrbar gemacht. Denn hier, im Zentrum Berlins und gegenüber dem früheren NS-Luftfahrtministerium, entsteht ja kein weiterer Gedenkort für die Opfer der NS-Verbrechen und ebenso wenig ein Museum mit originalen Ausstellungsstücken. Die Bedeutung des Ortes liegt vielmehr darin, dass an dieser Stelle, in den einstigen Befehls- und Verwaltungszentralen der nationalsozialistischen Repressions- und Verbrechenspolitik, die Schreibtische der Täter standen: 1933 etablierte sich das Geheime Staatspolizeiamt, 1934 die SS-Führung und 1939 das Reichssicherheitshauptamt (RSHA). 1941 wurde das Prinz-Albrecht-Palais zum repräsentativen Dienstsitz für Reinhard Heydrich, den Chef des RSHA, ausgebaut.

Einstige Befehls- und Verwaltungszentralen der nationalsozialsitischen Repressions- und Verbrechenspolitik

Geplant ist demgemäß eine deutsch- und englischsprachige Dauerausstellung, in deren Mittelpunkt die zentralen Institutionen von SS und Polizei sowie die von ihnen europaweit verübten Verbrechen stehen. Darin einbezogen werden auch die zahlreichen Opfergruppen des NS-Regimes. Der bisherige Ausstellungsgraben entlang den freigelegten Kellerresten wird neu überdacht und eine Dauerausstellung über „Berlin im 'Dritten Reich'“ aufnehmen. Die Gestaltung des Geländes schließlich setzt die verschiedenen Erinnerungsspuren durch ein System von Rundwegen miteinander in Beziehung: Berliner Mauer im Norden, Martin-Gropius-Bau im Westen, Robinienwäldchen und Bepflanzung im Süden sowie Baumbepflanzung entlang der Wilhelmstraße im Osten. Als Teil des Geländerundgangs, der insgesamt 15 Stationen umfasst, wird der historische Gehweg der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße zwischen Ausstellungsgraben und Berliner Mauer unter Einbeziehung der noch vorhandenen Reste wieder begehbar gemacht.Die Kosten – 19 Millionen Euro für das Dokumentationszentrum, 4 Millionen für die Ausstellungen – tragen der Bund und Berlin je zur Hälfte. Eröffnung soll am 8. Mai 2010 sein, 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Theo Meier-Ewert

„Nur tote Augen“

Ausstellung über Sex-Zwangsarbeit in den NS-Konzentrationslagern.

Rund 220 Mädchen und Frauen wurden ab 1942 bis zum Ende des NS-Staates in insgesamt zehn Konzentrationslagern, darunter Auschwitz, Buchenwald und Dachau, zur Prostitution gezwungen. Die meisten der weiblichen Häftlinge – sie waren in der Regel nicht älter als 25 Jahre – wurden im Frauen-KZ Ravensbrück rekrutiert. „Bei einem Morgenappell sagte die Stubenälteste: 'Frauen mit schönem Haar sollen sich für den Puff melden!'“, erinnert sich Nada Verbic, eine slowenische Überlebende, die im Mai 1944 wegen Widerstandstätigkeit in das KZ Ravensbrück deportiert worden war. Die „Kundschaft“ der Frauen: Vorwiegend deutsche Funktionshäftlinge. Die SS vergütete besondere Arbeitsleistungen in der Währung eines Bordellbesuchs – mit dieser „Belohnung“ wollte sie die Produktivität männlicher Insassen steigern.

Den Frauen wurde versprochen, dass sie nach sechs Monaten raus kommen werden, wenn sie sich freiwillig melden – aber keine von ihnen wurde entlassen. Im Gegenteil: Viele von ihnen starben an Geschlechtskrankheiten oder Erschöpfung. „Nur tote Augen“, beschreibt ein Mithäftling das Elend der Zwangsprostituierten, „es war nicht mehr ein Funken von Lebenswillen zu sehen“.

Bei diesem erst in den 1990er Jahren aufgeschlagenen Kapitel deutscher Vergangenheit „müssen wir uns vor Augen führen, dass Leugnungen, Relativierungen und Verharmlosungen sehr lang in großen Bevölkerungsteilen anzutreffen waren“, sagte Detlev Garbe, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Die Gedenkstätte im Hamburger Bezirk Bergedorf ist die erste Station der Wanderausstellung „Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern“, die 2006 von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück in Kooperation mit dem Institut für Kunst im Kontext an der Universität der Künste in Berlin erarbeitet wurde. Sie basiert auf der Dokumentation einer österreichischen Studentengruppe, die ihre Ergebnisse 2005 unter dem Namen „Die Aussteller“ in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen präsentiert hatte.

Die Tabuisierung des Themas – ein Konsens, dem sich sogar ehemalige Häftlinge lange Zeit verpflichtet fühlten. Christa Paul, Autorin des Buches „Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus“ nennt die Gründe: „Die Erinnerungskultur wurde hauptsächlich von ehemaligen politischen Häftlingen gestaltet“, so Paul. „Sie befürchteten, dass Berichte über die Existenz von Bordellen in einigen KZs den Eindruck über die wahren Verhältnisse in den Lagern verzehren und das Andenken der Menschen, die dort unsagbares Leid erfahren hatten, diskreditiert werden könnten.“

Die Gestalter wollen bei dem Besucher bewusst die Assoziation wecken, dass er ein schlicht eingerichtetes „Studierzimmer“ betritt. Die Gründe: „Sexualisierte Gewalt ist ein fester Bestandteil der Populärkultur“, berichtet die Leiterin der Gedenkstätte Ravensbrück Insa Eschebach. „Und so ist auch ein voyeuristisch geprägter Erzählkontext über KZs und Bordelle, beispielsweise in filmischen Inszenierungen festzustellen.“

Um einer Skandalisierung des Ausstellungsthemas und einer Entfaltung der großen Faszinationskraft, die von der Verbindung Sex und Gewalt ausgeht, vorzubeugen, haben die Historiker eine dreiteilige Strategie entwickelt: Bei der Gestaltung der Dokumentation wurde soweit wie möglich auf Visualisierungen verzichtet. Stattdessen schlichte Vitrinen und Arbeitstische, auf denen umfangreiches Informationsmaterial zur Einsichtnahme und intensiven Lektüre ausgelegt ist. Zweitens haben sich die Gestalter bemüht, Multiperspektivität herzustellen: Für die Ausstellung werden nicht nur Erlebnisberichte der Häftlinge, sondern auch nüchterne Dokumente der SS-Lagerbürokratie – wie Antragsformulare, die die männlichen Häftlinge vor dem Bordellbesuch auszufüllen hatten – herangezogen. „Außerdem war es uns wichtig, aktuelle und internationale Bezüge aufzuzeigen“, ergänzt Insa Eschebach. Die sind beispielsweise zu der Zwangsprostitution in Korea unter der japanischen Besatzung im Zweiten Weltkrieg und zu der systematisch ausgeübten sexuellen Gewalt während des Kosovo-Kriegs zu finden. „Das Thema betrifft nicht nur das Dritte Reich“, so die Historikerin, „sondern es ist im geschichtlichen Kontext des gesamten 20. und 21. Jahrhunderts zu sehen.“

Volker Stahl

Bis zum 18. Januar 2008;

www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de

Meldungen

Worch demonstriert für „Club 88“

Neumünster – Am 24. November wird es in Neumünster eine Neonazi-Demonstration geben, die der bekannte Hamburger „Freie Nationalist“ Christian Worch verantwortet. Thematisiert wird der „Club 88“. Zusammen mit den „Machern“ des seit nunmehr elf Jahren bestehenden Treffpunkts protestiert Worch, der zu den bundesweit führenden „Freien“ zählt, gegen zuletzt resolutes polizeiliches Einschreiten. So hatten Beamte sich im April gewaltsam Zutritt zu einem dort stattfindenden Liedermacherabend verschaffen müssen, weil ihnen für Kontrollen der Zugang verwehrt wurde. Bei den jährlichen Gründungsfeierlichkeiten Ende September lösten die Ordnungshüter die Zusammenkunft kurzerhand auf, weil gegen Auflagen verstoßen wurde. Als sich Besucher weigerten, verhängte Platzverweise zu befolgen, wurden sie in Gewahrsam genommen. Erstmals erfasste die Polizei auch in großem Stil die Personalien der zum Teil weit angereisten Club-Gäste. Die Betreiberin der Mini-Kneipe im Stadtteil Gadeland, Christiane Dolscheid, animiert Besucher, gegen die polizeiliche Behandlung Klage einzureichen. Der überregional unter Rechtsextremisten bekannte Anlaufpunkt mit Symbolcharakter verzeichnete zuletzt rückläufige Besucherzahlen. Offenbar befürchtet man, restriktive Auflagen und polizeiliches Wirken könnten künftig weiteren Zulauf bremsen. Aktivisten aus dem Umfeld des „Clubs 88“ hat man zuletzt nur noch ganz selten bei Aufmärschen und Veranstaltungen der rechten Szene gesehen. Jetzt fordern sie aber die Solidarität von Gesinnungsgenossen ein. (hf)

„Besseres Leben für Tiere“

Dortmund – Neonazistische „Tierrechtler“ haben sich zu einer Farbattacke auf ein Pelzgeschäft in Dortmund bekannt. „Mit dieser farbattcke möchten wir ein deutliches zeichen setzen, dass wir als nationale sozialisten für das recht der tiere, auf ein freies leben, kämpfen werden“, erklärten „anonymen sympathisanten der ag tierrecht“ in ihrem „BekennerInnenschreiben“. Sie hatten nach eigenen Angaben mit roter Farbe gefüllte Glühbirnen gegen die Schaufensterscheiben des Geschäfts geworfen. Solche „farbanschläge und alle weiteren direkten aktionen gegen tierausbeutungsunternehemen“ halte man „unter allen umständen“ für gerechtfertigt. Die Mitglieder der „AG Tierrecht“, die das Schreiben auf ihrer Internetseite veröffentlichte, verstehen sich als „autonome nationale Sozialisten“. In einem „Hinweis“ zu dem Bekennerschreiben beteuern sie, es sei „nicht die Intention der Seitenbetreiber, mit bildlichen oder schriftlichen Inhalten zu strafbaren Handlungen aufzurufen“. Gleichzeitig heißt es aber in einer Selbstbeschreibung der AG: „Es wird jede Form des Aktivismus toleriert, die dazu beiträgt, unsere Ziele zu erreichen und damit die Grundlagen für ein besseres und gerechtes Leben für die Tiere zu schaffen.“ (ts)

Impressum

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de